



ArbeitsGemeinschaft der Betriebs- und PersonalRäte außeruniversitärer Forschungseinrichtungen (AGBR)¹
Ausschuss für Grundsatzfragen

An den Vorsitzenden
des Rechtsausschuss des
Deutschen Bundestag
Andreas Schmidt

An die Vorsitzende des
Bundestagsausschuss
für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ulla Burchardt

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung
Föderalismusreform des Rechtsausschuss
des Deutschen Bundestages
am 29. Mai 2006

Berlin, den 15. Mai 2006

Bildung , Wissenschaft und Forschung im Föderalismus - Kleinstaaterei ist keine Lösung!

Die Beauftragten Vertreter des Bundes und der Länder haben sich in den strittigen Fragen der Zuständigkeiten auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt und treten in das verfassungsändernde Gesetzgebungsverfahren ein.

Die anstehende Verfassungsreform ist die einschneidendste seit Gründung der Bundesrepublik! Das Verhältnis von Bund und Ländern zueinander würde sich damit grundlegend verändern. Die Frage ist – wie und in welche Richtung.

Gelingt die Klärung von Zuständigkeiten inklusive einer Vereinfachung in Richtung Europa oder setzen sich diejenigen Kräfte durch, die die Bundesebene in zentralen Fragen zugunsten der Landesebene zurückdrängen wollen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AGBR) ist über den Abbau der Bundeskompetenzen im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung besorgt und appelliert eindringlich an die Mitglieder des Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags deren Zukunft nicht auf dem Altar der Kleinstaaterei zu opfern.

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen hat in ihrem offenen Brief an die Vorsitzenden der Bundesstaatskommission insbesondere betont, dass Wissenschaftseinrichtungen (...) auf die Rekrutierung von vorzüglich ausgebildeten jungen Menschen angewiesen sind'. In diesem Sinne ist es erforderlich, bei den anstehenden Debatten im Rechtsausschuss wie auch im Deutschen Bundestag und im Bundesrat die Länderinteressen bei der Bildung nicht zu stark werden zu lassen. Zur Schaffung eines Europäischen Forschungsraumes bedarf es von deutscher Seite verstärkter, einheitlicher Anstrengungen. Dies gilt auch – nach der Schwachstellenanalyse der PISA Studie – für den Bildungsbereich.

Ein "Durchmarsch" der Länder mit der Konsequenz der Richtlinienkompetenz in Bildung und Wissenschaft beim jeweiligen Land wird sich nach unserer Auffassung in einen Pyrrhus-Sieg

¹ Die ArbeitsGemeinschaft der Betriebs- und PersonalRäte außeruniversitärer Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) – vertritt etwa 62 000 in Forschung und Entwicklung Beschäftigte.

verwandeln. Die bereits vorhandenen Unterschiede im Bildungswesen der Länder machen den Föderalismus nicht eben populär, in Wissenschaft und Forschung wären sie absolut kontraproduktiv!!

Vergleicht man die ausgehandelten Texte, soweit sie Wissenschaft und Forschung betreffen, mit den Positionen im letzten Jahr, so ist festzustellen, dass der Bund seine Ausgangspositionen vollständig aufgegeben hat. Bei der Forschungsförderung hat die AGRB immer eine Ausgewogenheit zwischen Bund und Land gefordert:

Der Bund verliert die Rahmenkompetenz im Hochschulwesen wie auch seine Kompetenz im Hochschulbau: ‚Die Hochschulen sind (aber) die Basis des deutschen Forschungssystems. Sie bilden den wissenschaftlichen Nachwuchs aus und stehen damit für die Einheit von Forschung und Lehre‘ (bufo, 2004). Für die Finanzierung der Hochschulen sind die Länder verantwortlich, und deren katastrophale finanzielle Lage ist allseits bekannt. Werden diese Kompetenzen allein in die Hände der Länder verlagert, ist als Konsequenz eine weitere Verschlechterung des Ausbildungs- und Bildungsniveaus absehbar. Schon die Tatsache, dass die Länder beispielsweise allein entscheiden, ob sie Studiengebühren einführen oder nicht, wird diesen Prozess beschleunigen und das Süd-Nord-Gefälle verstärken.

Die von Bund und Ländern gemeinsam aufgebrachten Mittel für den Hochschulbau mussten - bisher Zweck gebunden verwendet werden. Künftig kann die Bundesregierung nur noch erwarten (!), "dass die Länder die ihnen nach der angestrebten Föderalismusreform zustehenden Kompensationsbeträge des Bundes entsprechend ergänzen", so Staatssekretär Meyer-Krahmer vom BMBF in seiner Antwort auf eine entsprechende kleine Anfrage der Grünen.

Ein Ganztagschulprogramm darf der Bund künftig nicht mehr auflegen, PISA geht nur die Länder etwas an, das Programm ‚Jugend forscht‘ wird es in Zukunft nicht mehr geben!

Ob die Kultusministerkonferenz die Rahmenkompetenz des Bundes in diesen Fragen zu ersetzen vermag, darf zumindest bezweifelt werden. Aufgrund der verschiedenen Interessenlagen der einzelnen Länder ist mit langfristigen Verzögerungen bei der Beschlussfassung der Kultusministerkonferenz zu rechnen.

Im Wahlkampf haben alle Parteien die besondere Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Zukunft unseres Gemeinwesens betont.

Man hätte erwarten können, dass dieser Konsens sich auch im Föderalismus-Kompromiss wieder spiegelt. Stattdessen werden mit den bisher vorgelegten Vorstellungen viele der Errungenschaften der sechziger Jahre ohne Not aufgegeben und in die alleinige Kompetenz der Länder verlagert; Sachgründe sind nicht erkennbar.

Eine Reform der bundesstaatlichen Zuständigkeiten muss die Qualität des Forschungssystems verbessern – das vorliegende Konzept wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht.

Die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse für die Bürger im Bundesgebiet, sowie die Förderung der Flexibilität (Vereinbarkeit von Familie und Beruf), scheint für die Zukunft nicht mehr gewährleistet.

Die ausschließliche Zuständigkeit der Länder für Bildung im Schul- und Hochschulbereich in einem gemeinsamen Forschungsraum Europa, hat wenig Aussicht auf eine erfolgreiche Zukunft!

Als Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschung (AGBR) fordern wir Beschlüsse, die der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern gerecht werden, das Forschungssystem voranbringen und einen Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Forschungsraums darstellen!

Manfred Bartenwerfer
(Sprecher)

Axel Tröster-Grönig
(stellvertretender Sprecher)